Organisationshandbuch

haug&partner unternehmensgruppe

Default orgavision Export-Schablone – haug&partner unternehmensgruppe

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Ziel des Schutzkonzeptes.....	3
Rechtliche Grundlagen.....	4
Definition von Gewalt.....	7
Analyse des Arbeitsfeldes.....	8
Personalauswahl und Personalentwicklung.....	10
Verhaltenskodex und Selbstverpflichtung.....	12
Partizipation und Beschwerde.....	13
Beschwerde.....	14
Interventionsplan und Handlungsabläufe.....	15
Qualitätsmanagement.....	17
Abschluss.....	17
Risikoanalyse.....	17
Selbstverpflichtung für sozialpädagogische Fachkräfte zum Schutz vor Gewalt in Angeboten in Angeboten der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften.....	21

Einleitung

Die Grundlage für die Betreuung der jungen Menschen bildet das Leitbild der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften und beinhaltet die Achtung des Kindeswohls aller betreuten jungen Menschen. Die haug&partner unternehmensgruppe und ihre Gesellschaften stellen durch geeignete eigene Maßnahmen und über eigene Handlungsempfehlungen sicher, dass alle für die Gesellschaft tätigen Fachkräfte über gewichtige Anhaltspunkte für das mögliche Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung unterrichtet sind.

Das Recht der jungen Menschen auf eine gewaltfreie Erziehung und Unterstützung in einem institutionellen geschützten Rahmen soll durch dieses Gewaltschutzkonzept gewährleistet werden. Der Schutz des Kindeswohls ist ein Merkmal sowie Bestandteil des Erziehungs-, und Betreuungsauftrages innerhalb der Betreuungsangebote der haug&partner unternehmensgruppe und ihrer Gesellschaften. Deshalb haben die Pädagog*innen, die für die Gesellschaft tätig sind, eine besondere Verantwortung, jegliche Form von Gewalt in den Einrichtungen, aber auch bei Kontakten zum Herkunftssystem, im Rahmen der durchgeführten Betreuungen zu beachten. Ziel des Gewaltschutzkonzeptes ist die Sicherstellung von Schutz und Hilfe für die jungen Menschen in den Einrichtungen der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften vor körperlicher und sexualisierter Gewalt sowie sexuellen Belästigungen und Übergriffen. Die jungen Menschen sollen vor Angriffen auf ihr Leben, ihrer Gesundheit, ihrer Persönlichkeit und ihrer Menschenwürde ausreichend geschützt werden.

Darüber hinaus soll mit dem Gewaltschutzkonzept den Pädagog*innen, die für die Gesellschaft tätig sind, Orientierung und Handlungssicherheit gegeben werden und vermittelt werden, dass der Umgang mit Nähe und Distanz, mit der Sexualität, mit dem Austesten ihrer Wirkung und ihrer Grenzen durch die jungen Menschen ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit ist.

Das vorliegende Gewaltschutzkonzept ist zudem ein wesentliches und wichtiges Qualitätsmerkmal der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften.

Ziel des Schutzkonzeptes

Das vorliegende Gewaltschutzkonzept findet in allen Betreuungsformen der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften seine Anwendung und sichert hierüber den jungen, betreuten Menschen einen geschützten Rahmen und geschützte Orte. Es soll daneben eine Signalwirkung von dem Gewaltschutzkonzept ausgehen und hierbei besonders zwei Bereiche in den Fokus genommen werden.

1. Den jungen Menschen, die innerhalb der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften betreut werden, soll die Sicherheit gegeben werden, dass sie hier Ansprechpartner*innen für ihre Anliegen, ihre Ängste und Sorgen sowie eine Unterstützung und Hilfe finden werden, wenn ihre Rechte und Grenzen verletzt werden.
2. Ein Hinweis soll gegenüber potenziellen Täter*innen gegeben werden, dass innerhalb der Tätigkeitsfelder der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften nicht weggeschaut wird.

Dieses Gewaltschutzkonzept bietet allen, für die haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften tätigen Mitarbeiter*innen und Kooperationspartner*innen, Handlungsleitfäden, die im Verdachtsfall bei körperlicher und emotionaler Kindesmisshandlung, Vernachlässigung und bei sexuellen Übergriffen jeglicher Art anzuwenden sind. Bei einem Verdacht auf eine

Kindeswohlgefährdung sind alle rechtlichen, pädagogischen und psychologischen Aspekte zu berücksichtigen.

Dieses Gewaltschutzkonzept soll aber auch die Kultur des Miteinanders innerhalb der Betreuungsformen und zwischen den Mitarbeitenden, Kooperationspartner*innen und den jungen Menschen in den Blick nehmen. Haltungen ändern sich nicht durch Gesetze oder Verordnungen, es ist eine ständige und anhaltende Auseinandersetzung mit den Gefährdungsformen der jungen Menschen erforderlich. Themen wie Nähe und Distanz in den pädagogischen Beziehungen zwischen den Mitarbeiter*innen der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften und den jungen Menschen, der Umgang mit Körperlichkeit und Sexualität, Vertrauen, aber auch Machtverhältnisse wird über ein Gewaltschutzkonzept gemeinsam systematisch reflektiert. Dies beinhaltet folglich auch die Überprüfung und Anpassung des Gewaltschutzkonzeptes und der darin beschriebenen Verfahrensabläufe anhand neuer Erkenntnisse und stellt somit einen fortlaufenden Prozess dar (s. a. Analyse des Arbeitsfeldes).

Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für dieses Gewaltschutzkonzept sind:

- Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,
- Die UN-Kinderrechtskonvention,
- Das Bürgerliche Gesetzbuch,
- Das Bundeskinderschutzgesetz,
- Das Sozialgesetzbuch (SGB) - Achstes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe.

Ausgangspunkt der rechtlichen Grundlagen für ein Gewaltschutzkonzept ist der Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“. Dies besagt, dass das Wohl aller Menschen ohne einer Altersbeschränkung geschützt und gesichert sein muss. Über den Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ folgt, dass in den Fällen, in denen Eltern der Verantwortung nicht nachkommen (können), ein sogenanntes „staatliches Wächteramt“ gegenüber den jungen Menschen besteht. Der Schutzgedanke bedeutet, dass die jungen Menschen nur auf Grund einer Gerichtsentscheidung von der Familie getrennt werden können und nur, wenn die Erziehungsberechtigten das Wohl der jungen Menschen nicht gewährleisten können oder die Kinder und Jugendlichen aus anderen Gründen zu verwaarloosen drohen.

Die UN-Kinderrechtskonvention legt wesentliche Standards zum Schutz der jungen Menschen fest. Beschlossen im Jahr 1989, trat die Kinderrechtskonvention 1992 in Deutschland in Kraft und betont in 54 Artikeln die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen unterteilt nach den Kategorien Schutzrechte (protection), Förderrechte (provision) und Beteiligungsrechte (participation). Für das hier vorliegende Gewaltschutzkonzept ist insbesondere der Art. 3 UN-Kinderrechtskonvention zu beachten.

„(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleich ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den

Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.“

Die jungen Menschen erhalten über diesen Artikel das Recht auf Schutz, auf Förderung und Beteiligung und auf Beschwerde. Gleichzeitig wird die Möglichkeit den jungen Menschen gegeben, sich an den Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, beteiligen zu können.

Gemäß dem Artikel 12 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention

„(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

soll den jungen Menschen ermöglicht werden, sich eine eigene Meinung bilden zu können und dass sie diese auch frei äußern können, sowie diese entsprechend dem Alter und der Reife zu berücksichtigen ist. Am 5. April 1992 hat Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet und sich zur Einhaltung der Rechte für die jungen Menschen verpflichtet.

Das Bürgerliche Gesetzbuch definiert die Kindeswohlgefährdung im Sinne des § 1666 I BGB:

„Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr erforderlich sind.“

Dies bedeutet, dass die Rechte der Eltern enden, wo das Wohl des Kindes gravierend gefährdet ist, Eltern ihre Elternverantwortung vernachlässigen oder überschreiten. Der Staat ist dann verpflichtet, einzugreifen - dies entspricht dem sogenannten „staatlichen Wächteramt“. Es sind hierbei die Familiengerichte, die zu entscheiden haben, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt und wenn dem so ist, hat das Familiengericht geeignete Maßnahmen zum Schutz des jungen Menschen einzuleiten. Eingeleitet werden können Hilfen der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitsfürsorge, die Einhaltung der Schulpflicht, die vorübergehende oder dauerhafte Herausnahme des Kindes, die Kontaktsperre, die Ersetzung von Erklärungen des Inhabers der elterlichen Sorge, bis hin zur teilweisen oder vollständigen Entziehung der elterlichen Sorge. Weiter wird in dem § 1631 „Inhalt und Grenzen der Personensorge“ des BGB festgelegt, dass Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung haben. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.

Das 2012 in Kraft getretene Bundeskinderschutzgesetz soll das Wohl von Kindern und Jugendlichen schützen und ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung fördern. Hier sind die §§ 1-4 des Bundeskinderschutzgesetz zu nennen, die über dieses Gewaltschutzkonzept ihre Berücksichtigung finden.

- §1 Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung,
- §2 Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung,
- §3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz,

- §4 Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung.

Die weitere gesetzliche Grundlage für dieses vorliegende Gewaltschutzkonzept sind die Gesetze aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe. Die folgenden Paragraphen sind hierfür ausschlaggebend:

- §1 Absatz 3 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe,
- §8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen,
- §8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung,
- §8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- §45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung,
- §47 Melde- und Dokumentationspflichten, Aufbewahrung von Unterlagen,
- §72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen,
- §79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe.

In dem SGB VIII wird das Recht des jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit definiert. Die Kinder- und Jugendhilfe soll den jungen Menschen hierbei hilfreich sein und zur Verwirklichung dieses Anspruches beitragen. Ziel soll sein, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Die jungen Menschen sollen vor Gefahren für ihr Wohl geschützt werden und positive Lebensbedingungen für die jungen Menschen und deren Familien geschaffen werden. Über den § 8a SGB VIII wird der Schutzauftrag bei einer Kindeswohlgefährdung beschrieben. Träger der Kinder- und Jugendhilfe bekommen bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung eines jungen Menschen eine Handlungsanleitung. Dafür sollen die Jugendämter Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen treffen. Über den § 8b SGB VIII wird die fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von jungen Menschen geregelt. Damit wird der Beratungsauftrag der überörtlichen Träger der Jugendhilfe, d.h. der Landesjugendämter festgeschrieben.

Wenn das Wohl der jungen Menschen in einer Einrichtung gewährleistet ist, wird dem Träger der Kinder- und Jugendhilfe eine Betriebserlaubnis gemäß § 45 SGB VIII erteilt. Der Begriff der Gewährleistung des Wohls der Kinder und Jugendlichen ist an dieser Stelle rechtlicher Maßstab für die Landesjugendämter. Ein gesetzliches Kriterium für die Gewährleistung des Kindeswohls gilt seit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes, dass in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten ihre Anwendung finden. Jungen Menschen in den Einrichtungen sollen ihrem Alter- und Entwicklungsstand entsprechend über die Möglichkeiten der Beteiligungsformen sowie der Beschwerdemöglichkeiten informiert sein und dies in den Konzeptionen der Einrichtungen abgebildet sein.

Der § 47 SGB VIII verpflichtet die Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu einer Meldepflicht, bei Ereignissen oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl des jungen Menschen zu beeinträchtigen. Diese sind gegenüber den Aufsichtsbehörden unverzüglich anzuzeigen.

Über den § 72a SGB VIII werden die Träger der Kinder- und Jugendhilfe verpflichtet keine Personen zu beschäftigen, die hierfür persönlich nicht geeignet sind. Die persönliche Eignung liegt nicht vor, wenn die Mitarbeiter*innen rechtskräftig wegen einer Straftat nach den

- §§171, 174 bis 174c,

- §§176 bis 180a,
- §181a,
- §§182 bis 184f,
- §225,
- §§232 bis 233a,
- §234,
- §235,
- §236.

Strafgesetzbuch verurteilt wurden. Die Überprüfung erfolgt durch Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisse nach § 30 Abs. 5 Bundeszentralregister bei Einstellung und wird in regelmäßigen, festgelegten Abständen neu angefordert.

Der § 79a SGB VIII verpflichtet die Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu einer Qualitätsentwicklung. Ein Träger muss Grundsätze und Maßnahmen entwickeln, diese anwenden und regelmäßig überprüfen. Hierüber soll die Qualität der pädagogischen Arbeit bewertet werden und – daraus resultierend – eventuelle notwendige Schritte zur Veränderung eingeleitet werden.

Definition von Gewalt

Die Weltgesundheitsorganisation definiert Gewalt folgendermaßen: „Der absichtliche Gebrauch von angedrohtem oder tatsächlichem körperlichem Zwang oder physischer Macht gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft, der entweder konkret oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychischen Schäden, Fehlentwicklung oder Deprivation führt.“

Gemäß § 1631 Abs. 2 BGB haben Kinder ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Jegliche Form von körperlicher Bestrafung, seelischer Verletzung oder anderer entwürdigender Maßnahmen ist unzulässig. Die haug&partner unternehmensgruppe stellt ausdrücklich klar, dass Gewalt in jeglicher Form, sei es körperliche, seelische, sexuelle oder strukturelle Gewalt, innerhalb aller Tätigkeitsfelder der Organisation untersagt ist. Alle Unternehmen der haug&partner unternehmensgruppe verpflichten sich, diese Haltung konsequent zu vertreten und durch präventive sowie intervenierende Maßnahmen sicherzustellen, dass alle betreuten jungen Menschen vor Gewalt geschützt sind.

Gewalt gegenüber jungen Menschen gibt es in verschiedenen Erscheinungsformen. Hier wird unterschieden zwischen:

- Körperlicher Gewalt,
- Sexueller Gewalt,
- Vernachlässigung,
- Seelischer Gewalt.

Nicht selten treten mehrere der oben genannten Erscheinungsformen gleichzeitig auf. Gewalttätige Handlungen und Grenzverletzungen können sowohl auf eine einzelne Person oder mehrere Personen ausgerichtet sein als auch von einer oder mehreren Personen ausgehen. Auf der Beziehungsebene werden die Abhängigkeit und das Vertrauen des jungen Menschen ausgenutzt.

Definition körperliche Gewalt: Unter körperlicher Gewalt werden alle Handlungen von Eltern oder anderen Bezugspersonen verstanden, die durch Anwendung von körperlichem Zwang bzw. Gewalt zu einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung des jungen Menschen und seiner Entwicklung führen können.

Definition sexuelle Gewalt: Unter sexueller Gewalt an jungen Menschen, ist jede sexuelle Handlung, die an oder vor jungen Menschen gegen deren Willen vorgenommen werden oder der sie aufgrund körperlicher, seelischer, geistiger oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen können, zu verstehen. Die Täter*innen nutzen dabei ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um eigene Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen. Sexuelle Gewalt kann sowohl durch andere betreute junge Menschen als auch durch Mitarbeitende ausgeübt werden. Besonders im institutionellen Kontext besteht ein Machtgefälle, das gezielt für sexuelle Übergriffe missbraucht werden kann. Die haug&partner unternehmensgruppe verpflichtet sich daher, durch klare Verhaltensrichtlinien, Schulungen und Aufklärungsmaßnahmen sicherzustellen, dass Mitarbeitende sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sind. Darüber hinaus existieren interne und externe Beschwerdemechanismen, um betroffenen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich sicher an Vertrauenspersonen zu wenden.

Definition Vernachlässigung: Unter Vernachlässigung ist zu verstehen, dass Eltern oder anderen Bezugspersonen die notwendigen fürsorglichen Handlungen gegenüber dem jungen Menschen ständig oder wiederholt unterlassen. Das körperliche und geistige Wohl des jungen Menschen wird dadurch gefährdet die elementaren Bedürfnisse des jungen Menschen nicht oder nur unzureichend befriedigt.

Zu den elementaren Bedürfnissen von jungen Menschen gehören:

- Solche existentieller Art (wie essen, trinken, schlafen),
- Schutzbedürfnisse,
- Bedürfnisse nach Verständnis, Wertschätzung und sozialer Bindung,
- Bedürfnisse nach Anregung, Spiel und Leistung und Bedürfnisse nach Selbstwirksamkeit.

Definition seelische Gewalt: Unter der seelischen Gewalt oder auch der psychischen Misshandlung ist zu verstehen, dass die überlegenen Eltern oder anderen Bezugspersonen den jungen Menschen überfordern und ihm das Gefühl von Ablehnung und eigener Wertlosigkeit vermitteln: Der junge Mensch wird auf zynischer und/oder auch sadistischer Weise herabgesetzt oder bedroht und terrorisiert. Diese Handlungsweisen bewirken bei dem jungen Menschen starke negative Gefühle mit der Folge einer erheblichen Beeinträchtigung der psychischen, mitunter aber auch der körperlichen, Entwicklung.

Analyse des Arbeitsfeldes

Die Analyse des Arbeitsfeldes über Gefahrenpotentiale und Gelegenheitsstrukturen zur Ausübung von Gewalt in der eigenen Organisation, bildet die Grundlage für die Entwicklung bzw. Anpassung von Präventionsmaßnahmen und -konzepten, Notfallplänen und strukturellen Veränderungen. Hierfür findet innerhalb der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften die Risikoanalyse seine Anwendung. Bei der Risikoanalyse geht es darum, Schwachstellen und Gefährdungen in den Einrichtungen der Gesellschaft zu identifizieren, die Täter*innen für die Anwendung von Gewalt gegenüber den uns anvertrauten jungen Menschen ausnutzen könnten. Die Risikoanalyse wird innerhalb der Gesellschaften regelhaft durchgeführt. Dies soll nach Außen bzw. gegenüber möglichen Täter*innen aufzeigen, dass Gewalt – egal in welcher Form – von dem Träger nicht akzeptiert wird und dient auch der Überprüfung und gegebenenfalls der Anpassung des Gewaltschutzkonzeptes.

Im Bereich der stationären Betreuungsmaßnahmen werden u.a. folgende besondere Bereiche der Gefährdung für die, uns anvertrauten, jungen Menschen durch Pädagog*innen, die für die haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften tätig sind, gesehen:

- Pädagog*in und junger Mensch im Büro allein bei geschlossener Tür,
- Pädagog*in und junger Mensch allein im Zimmer des jungen Menschen bei geschlossener Tür,
- Pädagog*in und junger Mensch in Situationen, in denen sie allein / unbeaufsichtigt sind, z.B. Fahrten im PKW, zu Bettgeh Situationen,
- bei körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Pädagog*innen und jungen Menschen, bei der auch eine etwaige Begrenzung notwendig ist,
- Pädagog*in und junger Mensch zusammen bei Freizeitaktivitäten, Ausflügen, Ferienfahrten, erlebnispädagogischen Aktivitäten usw.,
- Pädagog*in und junger Mensch bei notwendigen Hilfestellungen durch das pädagogische Personal bei medizinischer Versorgung, z.B. eincremen, bei Hygienemaßnahmen, z.B. Duschen, u.ä.,
- Pädagog*in und junger Mensch allein bei externen Terminen.

Daneben wird auch die Gefährdung der jungen, betreuten Menschen durch andere Kinder und Jugendliche innerhalb der Betreuungsangebote von gesehen. Hier sind die besonderen Gefährdungsbereiche:

- Alle Situationen, in denen junge Menschen in einem Einzelkontakt sind, hier sind z.B. zu nennen,
- Allein im Zimmer bei geschlossener Türe,
- allein im Außenbereich zu der Betreuungsstelle/ Wohngruppe,
- Allein bei Aktivitäten im Freizeitbereich,
- Bei Übernachtungen und Beurlaubungen der jungen, betreuten Menschen zu Freund*innen und/oder Familienmitgliedern.

Außerhalb der Betreuungsangebote und somit im öffentlichen Raum z.B. in der Schule, während der Ausbildung, im Freizeitbereich außerhalb der Betreuungsangebote, Beurlaubungen zu der Familie / Familienmitgliedern ergeben sich ebenso Gefährdungen für die jungen Menschen. An dieser Stelle werden auf die vorliegenden Konzepte der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften verwiesen, die die Grundlage der pädagogischen Arbeit in den Betreuungsangebote bilden und somit die jungen Menschen auf die möglichen Gefährdungen vorbereitet und den Umgang damit vermittelt:

- Rahmenkonzeption,
- Beschwerdekonzzept,
- Medienpädagogisches Konzept,
- Sexualpädagogisches Konzept,
- Konzept zur Prävention vor sexuellem Missbrauch,
- Konzept Beteiligung und Wahrnehmung der eigenen Rechte,

- Konzept zur Suchtprävention.

Um die jungen Menschen vor diesen Gefährdungsbereichen zu schützen ist eine klare Trägerhaltung erforderlich. Für alle, in der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften tätigen Pädagog*innen sind verbindliche, konzeptionelle Grundlagen vorgegeben (s.o.). Diese Form der Prävention soll die jungen Menschen vor sexualisierter, körperlicher und seelischer Gewalt und einer Vernachlässigung schützen. Ziel ist es, die jungen Menschen für drohende oder auch schon für erfolgte Grenzüberschreitungen zu sensibilisieren und sie zu bestärken, diese auch zu benennen.

Maßnahmen zur Prävention sind

- Festlegung von verbindlichen (Teil-)Schutzkonzepten,
- Thematisierung des Gewaltschutzkonzeptes schon während dem Bewerbungsverfahren,
- Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses nach § 30 a BZRG von neben-, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter*innen sowie Praktikant*innen,
- Einhaltung einer wertschätzenden Grundhaltung und grenzwahrenden Verhalten gegenüber den jungen Menschen,
- Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen zum Erkennen von Verdachtsfällen, Gewalt und sexuellen Missbrauch durch z.B. Fortbildungen,
- Erarbeitung eines Verhaltenskodex,
- Regelmäßige Gespräche der jungen Menschen, mit der, für das Betreuungsangebot zuständigen, Fachberatung,
- Aufklärung der jungen Menschen über Beschwerdewege und Ansprechpartner*innen mit Kontaktdaten,
- Aushang einer Telefonliste mit den Kontaktdaten der Ansprechpartner*innen für eine Beschwerde (z.B. ASD-Mitarbeiter*in, Vormund*in, regionale Ombudsstelle usw.),
- Aufklärung der jungen Menschen über ihre Rechte,
- Supervision für die Mitarbeiter*innen der Betreuungsangebote.

Personalauswahl und Personalentwicklung

Die Auswahl der betreuenden sozialpädagogischen Fachkräfte umfasst einen intensiven Prozess im Bewerbungsverfahren, um die berufliche und vor allem auch persönliche Eignung der sozialpädagogischen Fachkräfte zu erfassen.

Bewerbungsunterlagen

Dazu gehören

- erweiterte Behördenführungszeugnisse aller erwachsenen im Haushalt lebenden Personen (gem. § 31 Bundeszentralregistergesetz (BZRG)),
- Nachweis der beruflichen Qualifikation,
- Lebenslauf.

Prüfung der Bewerbungsunterlagen

Die Bewerbungsunterlagen werden geprüft durch die Geschäftsführung und Fachbereichsleitung hinsichtlich

- eventueller Einträge im Behördenführungszeugnis auf ihre Relevanz für die Erziehung von Kindern oder Jugendlichen,
- gesundheitlicher Aspekte,
- des aktuellen beruflichen Umfeldes,
- beruflicher Wechsel/Kündigungen ohne erkennbaren Grund,
- weitere von den Bewerbern eingereichte Unterlagen,
- Abfrage des Ethikkodex der sozialen Arbeit sowie Abfrage der Gesetzeskonformität,
- der Möglichkeit, mit dem vorherigen Arbeitgeber in Kontakt zu treten.

Qualifizierung des Bewerbungsprozesses

Der Bewerbungsprozess muss für die sozialpädagogischen Fachkräfte transparent und mit ausreichendem Zeitbudget versehen sein. Er orientiert sich in der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften durchgehend am dialogischen Prinzip als Qualitätsmerkmal, um den sich bewerbenden sozialpädagogischen Fachkräften eine realistische Selbsteinschätzung zu ermöglichen.

Dazu gehören

- mehrere Gespräche zum gesamten Themenkomplex der Tätigkeit,
- sorgfältige Erörterung der Lebensgeschichte der sozialpädagogischen Fachkräfte,
- die Möglichkeit der Hospitation in bereits bestehenden Angeboten und/oder des kollegialen Austausches mit betreuenden sozialpädagogischen Fachkräften bereits bestehender Angebote.

Inhaltlich wird im Bewerbungsverfahren durch besonders thematisiert

- das persönliche Interesse an der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen, die Einstellung zu den Aufgaben der betreuenden sozialpädagogischen Fachkräfte, die professionelle Rolle zu den Kindern oder Jugendlichen und deren Eltern, die Einstellung zur Herkunftsfamilie der Kinder oder Jugendlichen;
- Hinweise auf nicht erkannte bzw. nicht bearbeitete Traumatisierungen oder innerfamiliäre Konflikte der sozialpädagogischen Fachkräfte;
- die Einstellung der sozialpädagogischen Fachkräfte zur Sexualität;
- der pädagogische und persönliche Umgang mit Sexualität von Kindern oder Jugendlichen;
- die Möglichkeit des sexuellen Missbrauchs von Kindern oder Jugendlichen durch betreuende sozialpädagogische Fachkräfte;
- ob gegen die sozialpädagogischen Fachkräfte schon einmal ein Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Missbrauchs, Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung eingeleitet wurde;
- die Konzeption der Fachberatung zur Prävention und zur Intervention bei sexuellen Übergriffen durch sozialpädagogische Fachkräfte.

Entstehen im Bewerberprozess hinsichtlich der persönlichen Eignung der sozialpädagogischen Fachkräfte

- Bedenken, so werden die Gründe erläutert und Hinweise gegeben, was die sozialpädagogischen Fachkräfte tun können, um die Bedenken auszuräumen; werden diese Bedenken nicht umfassend ausgeräumt, so wird eine begründete Ablehnung ausgesprochen.
- Erhebliche Bedenken, so wird in einem persönlichen Gespräch eine begründete Ablehnung ausgesprochen.

Personalentwicklung

Die intensive Einarbeitung der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Angeboten erfolgt unter anderem durch Fachtage zur Qualifizierung der Fachkräfte, die Teilnahme ist für alle Pädagog*innen verbindlich.

Vor Beginn der Tätigkeit in einem Angebot in häuslicher Gemeinschaft oder stationären Wohngruppe erfolgt die Einweisung der sozialpädagogischen Fachkräfte in das Schutzkonzept. Der Verhaltenskodex wird durch die sozialpädagogischen Fachkräfte vor Beginn ihrer Tätigkeit anerkannt und durch ihre Unterschrift bestätigt.

Das Schutzkonzept und dessen Weiterentwicklung/Fortschreibung wird mit den sozialpädagogischen Fachkräften fortlaufend durch den zuständigen Fachdienst thematisiert.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte legen dem Träger regelmäßig aktuelle erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse vor.

Verhaltenskodex und Selbstverpflichtung

Der Verhaltenskodex gibt den sozialpädagogischen Fachkräften eine Orientierung für ein adäquates Verhalten und schafft einen Rahmen, der Grenzverletzungen, Übergriffe und Missbrauch verhindert.

Klare und transparente Regeln tragen dazu bei,

- eine Haltung zu fördern und eine Kultur der Achtsamkeit zu etablieren, die getragen sind von Wertschätzung, Aufrichtigkeit und Transparenz,
- die betreuten jungen Menschen vor Grenzverletzungen, Übergriffen und Missbrauch zu schützen,
- den sozialpädagogischen Fachkräften Sicherheit und Orientierung in sensiblen Situationen und Bereichen des eigenen Arbeitsfeldes zu geben und sie vor falschem Verdacht zu schützen,
- den professionellen Umgang mit Nähe und Distanz persönlich und in der Fachberatung durch den Fachdienst zu reflektieren und damit die Qualität zu verbessern und das Thema Prävention wachzuhalten.

Verhaltenskodex

- Ich biete den mir anvertrauten jungen Menschen Schutz.
- Ich stärke und fördere die jungen Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit.
- Ich bin sorgfältig im Umgang mit der Sexualität der jungen Menschen.
- Ich begegne den jungen Menschen mit Wertschätzung und Respekt.
- Ich nutze Macht und Vertrauen nicht aus.
- Ich achte die Würde des Kindes.
- Ich achte andere Kulturen.

- Ich wahre Integrität und Respekt.
- Ich bin sensibel in meinem Umgang mit verbalem und non-verbalem Verhalten.
- Ich achte auf meine eigene körperliche und emotionale Gesundheit.
- Ich beachte bei meiner Tätigkeit die pädagogische Grundhaltung der haug&partner unternehmensgruppe.
- Ich gehe achtsam mit Nähe und Distanz um.
- Ich handele nicht gegen den Willen der jungen Menschen.
- Ich spreche die jungen Menschen wertschätzend an und behandle sie ebenso.
- Ich gehe mit Körperkontakt vorsichtig um.
- Ich nehme den Schutzauftrag wahr.
- Ich kann mein Handeln und meine Kommunikation professionell reflektieren.

Die Selbstverpflichtungserklärung ist diesem Schutzkonzept als Anlage beigefügt.

Partizipation und Beschwerde

Partizipation

Die aktive Beteiligung der jungen Menschen in den Angeboten heißt für diese, die Möglichkeit zu bekommen selbst mitzugestalten, Erfahrungen der Fremdbestimmung emotional aufzuarbeiten und eigene Rechte zu erfahren und zu erproben. Dazu ist es erforderlich, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte an Partizipation glauben und daran festhalten, auch oder gerade dann, wenn die angebotenen Beteiligungsformen zunächst nicht angenommen oder sogar missbraucht werden.

Durch Beteiligung der jungen Menschen

- wird das Selbstbewusstsein gestärkt;
- wird das Verantwortungsbewusstsein gefördert;
- lernt der junge Mensch eigene Ziele zu finden und zu verfolgen;
- lernt der junge Mensch seine Lebenswelt mitzugestalten;
- wird der junge Mensch als Subjekt gesehen und ernst genommen;
- lernt der junge Mensch, bei den Belangen, die ihn betreffen, mitzuentcheiden;
- lernt der junge Mensch, Grenzen zu erkennen, zu akzeptieren, damit angemessen umzugehen.

Eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen trägt wesentlich dazu bei, dass sich die betreuten Kinder und Jugendlichen in der Betreuung ernst genommen fühlen und selbst wesentlich zum Erfolg der Jugendhilfemaßnahme beitragen.

Nachhaltige Beteiligung ist nur durch eine gelebte Beteiligungskultur möglich, die gemeinsam vor Ort entwickelt und umgesetzt wird.

Formen der Beteiligung

- Hilfeplanung und Erziehungsplanung.

An der Hilfeplanung und der Erziehungsplanung werden die jungen Menschen durch folgende Maßnahmen beteiligt: In vorbereitenden Gesprächen für Hilfeplankonferenzen wird ihnen geholfen, sich ihrer eigenen Ziele bewusst zu werden und diese zu formulieren. In den Hilfeplangesprächen werden sie unterstützt, ihre Ziele und Anliegen adäquat zu vertreten und sich am Aushandlungsprozess aktiv zu beteiligen. Die Erziehungsplanung wird entsprechend der Hilfeplanung mit ihnen besprochen und abgestimmt.

- Beteiligung im Alltag.

Im pädagogischen Alltag werden die jungen Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt. Hier reichen die Formen der Beteiligung von rechtzeitiger Information über Mitsprache und Mitbestimmung bis zur Selbstbestimmung der jungen Menschen. Dabei wird stets auf eine ehrliche und authentische Kommunikation geachtet, die den jungen Menschen eine wertschätzende Haltung der Erwachsenen ihnen gegenüber verdeutlicht.

- Beschwerdemanagement.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften sehen in Beschwerden die Chance, die eigene Arbeit zu reflektieren, zu verändern und zu verbessern. Junge Menschen, die in der Einrichtung versorgt, betreut und pädagogisch begleitet werden, haben die Möglichkeit zur Beschwerde und können sich dabei von Personen ihrer Wahl unterstützen lassen: Mitarbeiter*innen, Eltern, Jugendamt, Vormund, Heimaufsicht, externe Beschwerdestelle (Ombudsstelle).

- Weitere Ausgestaltung der Beteiligung.

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Formen der Beteiligung haben die jungen Menschen die Möglichkeit sich im Gespräch mit den Fachbereichsleitungen oder den Fachberater*innen als zusätzliche vertraute Person über ihre Situation auszutauschen und sich dadurch aktiv an der Ausgestaltung der Hilfe zu beteiligen. Die Fachdienste sind den jungen Menschen durch persönliche Treffen vertraut. Zudem haben die jungen Menschen die Möglichkeit sich telefonisch mit ihnen in Verbindung zu setzen.

- Information der jungen Menschen über ihre Rechte.

Die jungen Menschen werden bei der Aufnahme in eine Betreuungsstelle über ihre Persönlichkeitsrechte sowie deren Bedeutung informiert. Dies wird sowohl seitens der betreuenden sozialpädagogischen Fachkräfte als auch seitens der Fachdienste gewährleistet.

- Kinder- und Jugendrat der haug&partner unternehmensgruppe.

Der Träger der haug&partner unternehmensgruppe ist am Kinder- und Jugendrat der Unternehmensgruppe beteiligt. Junge Menschen, die in Angeboten der Träger der Unternehmensgruppe betreut werden, haben hier die Möglichkeit, sich zu Themen der Partizipation, der Wahrnehmung eigener Rechte und zu anderen aktuellen Themen auszutauschen und die Interessen der betreuten jungen Menschen zu vertreten und einzubringen.

Beschwerde

Die haug&partner unternehmensgruppe und ihre Gesellschaften sehen in Beschwerden die Chance, die eigene Arbeit zu verbessern. Auftretende Beschwerden werden unverzüglich bearbeitet und systematisch erfasst. Notwendige Korrektur- und Vorbeugungsmaßnahmen werden dementsprechend ermittelt, festgelegt und veranlasst; ihre Umsetzung wird überprüft. Junge Menschen, die in

Angeboten der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften betreut werden, haben die Möglichkeit zur Beschwerde und können sich dabei an die Sozialpädagogischen Fachkräfte Angebots, an die Geschäftsführung, die Fachbereichsleitung, die Einrichtungsleitung oder die Fachdienste sowie die Geschäftsstelle in Aalen wenden. Des Weiteren haben die jungen Menschen jederzeit die Möglichkeit, sich an das belegende Jugendamt, die Sorgeberechtigten/Vormünder, die Heimaufsicht oder externe Beschwerdestellen (Ombudsstellen) zu wenden.

Prozess der Beschwerde

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen stehen den betreuten jungen Menschen jederzeit interne und externe Beschwerdemöglichkeiten zur Verfügung.

Jeder junge Mensch erhält bei der Aufnahme Kenntnis über den Träger sowie über die Telefonnummern des Trägers. Die Kontaktdaten der Geschäftsführung, Fachbereichsleitung, Einrichtungsleitung, Fachdienste oder der Geschäftsstelle, des belegenden Jugendamtes, der Sorgeberechtigten/Vormünder, der Heimaufsicht und der externe Beschwerdestellen (Ombudsstellen) sind sichtbar in der Betreuungsstelle ausgehängt. Jeder junge Mensch hat jederzeit die Möglichkeit ein Telefon zu nutzen, um Personen seines Vertrauens anzurufen. Der junge Mensch wird bei der Aufnahme über die Möglichkeiten zur Beschwerde aufmerksam gemacht. Der Träger stellt über die regelmäßige Fachberatung der sozialpädagogischen Fachkräfte in den sozialpädagogischen Sonderpflegefamilien die Bereitschaft der sozialpädagogischen Fachkräfte sicher, sich aktiv und offen mit Beschwerden der jungen Menschen auseinander zu setzen und diese ernst zu nehmen. Der Träger stellt über die regelmäßige Präsenz der Fachdienste in den Betreuungsstellen und den persönlichen Kontakt zu den jungen Menschen sicher, dass die jungen Menschen die Möglichkeit haben, in einem persönlichen Gespräch Beschwerde zu führen.

Interventionsplan und Handlungsabläufe

Dieser Interventionsplan zeigt den exemplarischen Ablauf im Krisenfall. Wie wird bei vermuteten Übergriffen von Mitarbeitenden auf betreute junge Menschen vorgegangen? Dabei gilt: Jeder Vorfall unterscheidet sich vom anderen, jeder Einzelfall verlangt eine individuelle Betrachtung. Bei Verdacht auf sexuelle Übergriffe durch Mitarbeitende sind umgehend folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Sofortige Meldung an die zuständige Leitungsebene sowie an externe Schutzstellen (Jugendamt, Heimaufsicht, ieF, Ombudsstelle).
- Einleitung eines internen Schutzverfahrens zum Ausschluss der betreffenden Person aus dem pädagogischen Kontext bis zur Klärung des Sachverhalts.
- Sicherstellung der Unterstützung des betroffenen jungen Menschen durch externe Fachstellen oder Traumapädagog*innen.
- Dokumentation des Vorfalls und Einhaltung der rechtlichen Meldepflichten gemäß § 8a SGB VIII.

Ruhiges, professionelles und gut durchdachtes Handeln sind unbedingte Voraussetzungen für die Bewältigung von Krisen.

Qualitätsmanagement

Ziel der Qualitätspolitik ist die optimale Gestaltung des Erziehungs- und Hilfeangebots sowie die Gewährleistung einer hohen fachlichen Qualität. Die Weiterentwicklung der Angebote orientiert sich an den Bedürfnissen und Erwartungen aller Interessenspartner*innen und erfolgt durch regelmäßige Beratung, Tagungen, internen Fortbildungen, kollegialem Austausch und aktive Gestaltung der regelmäßig stattfindenden Hilfeplangespräche.

Das Qualitätsmanagementsystem dient der Unterstützung und Absicherung des Qualitätsniveaus. Alle Mitarbeiter*innen sind aktiv am ständigen Verbesserungsprozess beteiligt und tragen die Verantwortung für die Umsetzung der Ziele in ihrem Aufgabenbereich. Die Qualitätssicherung und -weiterentwicklung erfolgt aufgrund interner Vorgaben.

Der Träger stellt sicher, dass ausschließlich Fachkräfte im Sinne des § 72 SGB VII beschäftigt werde. Ferner liegen dem Träger von allen Beschäftigten erweiterte Führungszeugnisse vor, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass keine Personen beschäftigt werden, die rechtskräftig wegen einer der in § 72a SGB VII aufgezählten Straftaten verurteilt worden sind.

Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VII findet im Hilfeprozess besondere Berücksichtigung. Erarbeitete Kriterien und regelmäßige Fallbesprechung sind im Rahmen des Qualitätsmanagements als Instrument installiert, um ein Gefährdungsrisiko abzuschätzen und entsprechende weitere notwendige Handlungsschritte einleiten zu können.

Abschluss

Sowohl das Schutzkonzept als auch der Krisenplan werden regelmäßig überprüft und angepasst und wachsen mit neuen Herausforderungen und den vielen rechtlichen, kulturellen und sozialen Veränderungen unserer Gesellschaft. Transparenz, regelmäßige Supervisionen, Schulungen und Weiterbildungen der Mitarbeitenden helfen dabei, den wichtigsten Auftrag zu erfüllen: Die jungen Menschen, die der haug&partner unternehmensgruppe anvertraut sind, in einem geschützten Raum in ihrer weiteren Entwicklung zu unterstützen.

Risikoanalyse

1. Zielgruppe

1.1 Altersstruktur

Von:

bis:

Personengruppe:

1.2 Umgang mit Nähe und Distanz

Gibt es klare Regeln für eine professionelle Beziehungsgestaltung? Welche?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

1.3 Übernachtungen, Beförderungs-, Wohnsituationen

Finden Übernachtungen / Fahrten / Reisen / Wohnsituationen mit zu Betreuenden statt? *(Ja/Nein)*

Geschieht dies in der Einzelbetreuung? *(Ja/Nein)*

Gibt es hierfür Regeln, die überprüfbar sind? Welche?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

1.4 Unterstützung der Selbstpflege / Körperpflege

Ist eine besondere körpernahe Aktivität notwendig, um die Kinder / Jugendlichen zu versorgen oder zu unterstützen? Welche?

Geschieht dies in der Einzelbetreuung? *(Ja/Nein)*

Gibt es hierfür überprüfbare Regeln und Verfahren:

- Zum Schutz der Privatheit der Kinder / Jugendlichen? Welche?
- Zur Wahrung der Grenzen der Mitarbeitenden und Kinder / Jugendlichen? Welche?
- Zum Umgang mit herausforderndem Verhalten? Welche?
- Welche Risiken könnten daraus entstehen?
- Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

1.5 Räumliche Gegebenheiten

Innenräume

Gibt es abgelegene, uneinsehbare Bereiche (auch Keller und Dachböden)? *(Ja/Nein)* Welche?

Gibt es bewusste Rückzugsräume? *(Ja/Nein)* Welche?

Wie werden diese genutzt?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Außenbereich

Gibt es Bereiche auf dem Grundstück, die sehr schwer einsehbar sind? Welche?

Ist das Grundstück von außen einsehbar? Wie?

Ist das Grundstück unproblematisch betretbar? Wie?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Wer hat besonderen (regelmäßigen) Zutritt zur Einrichtung und kann sich unbeaufsichtigt aufhalten?
Mögliche Personengruppen (z. B. Handwerker, externe Hausmeister, Reinigungskräfte, Nachbarn, externe Pädagogen und Fachkräfte)

Wer kann sich in der Einrichtung unbeaufsichtigt aufhalten?

Sind die Personen in der Einrichtung persönlich bekannt? *(Ja/Nein)*

Sind es regelmäßige Aufenthalte? *(Ja/Nein)*

Werden die Besucher namentlich erfasst und die Aufenthaltszeiträume dokumentiert? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Personalentwicklung

Liegt das erweiterte Führungszeugnis für alle Mitarbeiter/-innen vor? *(Ja/Nein)* (Keines der vorliegenden Zeugnisse ist älter als 5 Jahre (bei Neueinstellungen, nicht älter als 3 Monate)

In welchen zeitlichen Abständen wird es wieder neu angefordert?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.1 Stellenausschreibungen

Stellen die Stellenausschreibungen den Kinderschutzaspekt besonders heraus? *(Ja/Nein)*

Wie kommunizieren Sie es?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.2 Bewerbungsgespräche

Weisen Sie ausdrücklich auf das Schutzkonzept / den Kinderschutzgedanken hin? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.3 Arbeitsverträge

Sind in die Arbeitsverträge Zusatzvereinbarungen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt aufgenommen? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.4 Einstellungssituation, Mitarbeiter/-innengespräche

Gibt es einen Einarbeitungsplan? *(Ja/Nein)*

Werden regelmäßige Probezeitgespräche durchgeführt?*(Ja/Nein)*

Finden regelmäßige Mitarbeiter/-innengespräche (auch nach der Probezeit) statt? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Erteilen diese Bewerber/-innen ihr Einverständnis, dass Sie vorherige Arbeitgeber zur Thematik des Machtmissbrauchs kontaktieren dürfen? *(Ja/Nein)*

2.5 Fachwissen in allen Bereichen der Organisation

Sind Mitarbeiter/-innen aus allen Bereichen zu folgenden Themen geschult? Kinderschutz / Machtmissbrauch / Gewalt / Sexualpädagogik

Steht in der Einrichtung / allen Bereichen entsprechendes Informationsmaterial und Fachliteratur zur Verfügung? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Existiert ein sexualpädagogisches Konzept für die Einrichtung, auf das sich alle Beteiligten verständigt haben? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.6 Zuständigkeiten und informelle Strukturen

Sind Zuständigkeiten klar geregelt? *(Ja/Nein)* Welche?

Gibt es informelle Strukturen? *(Ja/Nein)* Welche?

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

Sind nicht-pädagogische Kollegen/Kolleginnen oder Aushilfen (z. B. Nachtdienste) über bestehende Regeln informiert / beteiligt? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

2.7 Kommunikations- und Wertekultur

Gibt es eine mit allen Mitarbeiter/-innen gemeinsam entwickelte Wertekultur (Menschenbild / Bild vom Kind, pädagogische Grundsätze, Leitgedanken etc.)? *(Ja/Nein)* Welche?

Gibt es Kommunikationsgrundsätze, die es ermöglichen, auf und zwischen allen hierarchischen Ebenen der Einrichtung Kritik zu üben (Fehlerkultur)? *(Ja/Nein)* Welche?

2.8 Feedbackkultur, Möglichkeiten der Reflexion, der Supervision etc., Möglichkeiten der Mitbestimmung

Ich kann in regelhaft etablierten Runden über Belastungen bei der Arbeit und über unterschiedliche Haltungen in wertschätzender Form gesprochen werden? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Gibt es die Möglichkeit der kollegialen Beratung? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

3. Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten aller relevanten Bezugsgruppen

Eltern / Sorgeberechtigte werden über folgende Maßnahmen / Gesichtspunkte zum Kinderschutz informiert:

Kinder / Jugendliche werden an folgenden Maßnahmen des Kinderschutzes beteiligt:

Ist eine Beschwerdemöglichkeit für alle relevanten Beteiligten vorhanden? *(Ja/Nein)* Welche?

Welche Rahmenbedingungen sind vorhanden, damit alle relevanten Beteiligte „ungute Gefühle“, Übergriffe und belastende Situationen ansprechen können? (Kinderschutzbeauftragte, -fachkräfte, Fachberatungsstellen, etc.)

Daraus leiten sich folgende Risiken ab:

Aus diesen Risiken ergeben sich folgende zukünftige Maßnahmen:

Gibt es vertraute, unabhängige, interne bzw. externe Ansprechpartner/-innen, die im altersgerechten Umgang geübt sind? *(Ja/Nein)*

Sind diese Personen allen Beteiligten bekannt? *(Ja/Nein)*

3.1 Zugänglichkeit der Informationen

Haben alle Beteiligte (Kollegen/Kolleginnen, Klienten/Klientinnen, Sorgeberechtigte) Zugang zu den nötigen Informationen (Regelwerk, Beschwerdemöglichkeiten etc.)? *(Ja/Nein)*

Sind diese Informationen auch für alle verständlich (Übersetzungen, leichte Sprache geschlechtersensibel etc.)? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

4. Handlungsplan

Gibt es einen Handlungsplan (Notfallplan, Handlungskette), in dem für einen Verdachtsfall die Aufgaben und das Handeln konkret geklärt sind? *(Ja/Nein)*

Welche Risiken könnten daraus entstehen?

Zukünftige Maßnahmen zur Abwendung:

5. Andere Risiken

In unserer Einrichtung / von meinem Blickfeld aus sehe ich Risiken in weiteren Bereichen:

Selbstverpflichtung für sozialpädagogische Fachkräfte zum Schutz vor Gewalt in Angeboten in Angeboten der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften

1. Ich verpflichte mich, alles in meinen Kräften Stehende zu tun, mir anvertraute junge Menschen vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt in unserer Einrichtung zu schützen. Ich erkenne den Verhaltenskodex der haug&partner unternehmensgruppe und ihren Gesellschaften an.
2. Ich setze mich dafür ein, dass durch den offenen Umgang mit Informationen und Aufklärung in unserer Einrichtung Gewalt enttabuisiert und dadurch unmöglich wird.

3. Ich beziehe aktiv Stellung gegen sexistisches, diskriminierendes und gewalttätiges, verbales oder nonverbales, Verhalten auch mittels digitaler Medien. Abwertendes Verhalten wird von mir benannt und nicht toleriert.
4. Ich bin mir meiner Vertrauens- und Autoritätsstellung bewusst und nutze keine Abhängigkeiten aus.
5. Meine Arbeit mit jungen Menschen ist getragen von respektvollem Umgang, Wertschätzung und Vertrauen. Ich achte die Persönlichkeit und Würde der mir anvertrauten jungen Menschen und deren Angehörigen.
6. Ich gestalte die Beziehung zu den jungen Menschen transparent und gewährleiste einen verantwortungsvollen Umgang mit Nähe und Distanz. Ich berücksichtige dies auch bei der Nutzung digitaler Medien. Die individuellen Grenzen und die Intimsphäre der jungen Menschen werden von mir respektiert.
7. Ich nehme Hinweise auf Grenzverletzungen, Übergriffe oder Missbrauch durch andere bewusst wahr und werde diese nicht bagatellisieren oder gar vertuschen.
8. Ich kenne die Verfahrenswege bei (vermuteter) Gewalt und die entsprechenden Ansprechpersonen. Ich weiß, dass ich verpflichtet bin, etwaige Vorfälle oder Verdachtsfälle h&p GmbH zu melden.
9. Ich versichere, dass ich nicht wegen einer Straftat im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt oder sonstiger Gewalt rechtskräftig verurteilt worden bin und auch kein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet worden ist.

Falls ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, bin ich verpflichtet, dies dem Träger sofort mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift